

Verunglimpfungen und Herabwürdigungen

Nach unsäglichlicher AfD-Rede wandte sich André Blechschmidt an die Landtagsbesucher

Im Rahmen der Debatte zum Thüringen-Monitor 2015, zu dem Ministerpräsident Bodo Ramelow am 26. November im Landtag eine Regierungserklärung abgegeben hatte, hielt der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Björn Höcke, eine besonders unsäglichliche Rede, auf die entgegen sich André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE, vor allem auch an die Schülergruppen auf der Besuchertribüne wandte.

Den Thüringen-Monitor – eine Langzeit-Studie der Friedrich-Schiller-Universität Jena zur politischen Kultur und zur persönlichen Lage der Thüringerinnen und Thüringer – bezeichnete Höcke als „linksideologisches Machwerk“, den Rechtsextremismus nannte er einen Kampfbegriff, der „permanent angewendet und missbraucht“ werde.

Organisationen wie ezra und Move it warf er vor, dass sie vom Rechtsextremismus leben und also gezwungen seien, „die Gefahrenlage akut zu halten, weil sie sonst ihre Finanzierung gefährden“ würden. Die entsprechenden Einschätzungen seien „wissenschaftlich völlig wertlos“.

Und, so Höcke weiter: „Weil es keinen Bedarf gibt, soll der Thüringen-Monitor einen neuen schaffen, für die Vereine und Institutionen der linken Netzwerke, mit diesen vielfach verbundene Abgeordnete der Regierungskoalition und der Landesregierung. Das Ganze nennt man dann Bedarfsweckung statt Bedarfsdeckung. Das ist die Devise der Landesregierung. Dieser Thüringen-Monitor, sehr verehrte Landesregierung, liefert Ihnen die Zahlen, mit denen Sie den Kampf gegen Extremismus in einen Kampf gegen Rechtsextremismus pervertieren. Diesen Monitor nutzen Sie als ideologische Augenklappe, mit der Sie die Gefahren des Linksextremismus und des Islamischen Terro-

risismus ausblenden können. Dieser Monitor dient Ihnen als Grundlage für die zahlreichen sogenannten bunten Programme des Landes und die Finanzierung des Demonstrationstourismus. Dieser Monitor, diese methodisch zweifelhafte Studie, verschafft Ihnen die Legitimation für die Bespitzelung der Bürger durch eine neue, durch die geplante Dokumentationsstelle. Kurz, um das zusammenzufassen: Dieser Monitor stellt das ideologische Trom-

Demokratiezentrum in diesem Land gilt. Dort, wo Volksvertreter zusammenkommen, die in freier Wahl seit 1990 über die Entwicklung dieses Landes, über Gesetze, über Anträge diskutieren, unterschiedlicher Meinung sind, auch unterschiedlicher Temperamentslagen, das erleben wir immer wieder, aber das ist ihre Aufgabe, sich hier zusammenzufinden und in vernünftiger gegenseitiger Achtung Meinungen auszutauschen.“ (weiter siehe Kasten links)

Und nicht mit Hass und Vorurteilen

„Dabei geht es darum, dass man nicht mit Verharmlosungen, mit Verunglimpfungen, mit Herabwürdigungen, mit Beleidigungen hier versucht, seine Argumente in den Vordergrund zu stellen. Und nicht nur in den Vordergrund zu stellen, sondern der Auffassung zu sein, dass man die einzig wahre Meinung hier vertritt. Und immer wieder nehmen wir zur Kenntnis, hier in diesem Haus soll es Altparteien geben, und es gibt eine neukluge Fraktion.“

Wir sind alle hier, um Meinungsstreit zum Wohle dieses Landes zu führen und das tun wir mit Aufrichtigkeit und nicht mit Hass und Vorurteilen.“

André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion, zur Rede von Björn Höcke (AfD)

melfeuer dar, mit dem Sie Ihre kryptokommunistische, antibürgerliche Großoffensive starten wollen.“

Der AfD-Scharfmacher stellte sich die Frage, „was machen wir mit dem Ding?“. Diese könne er „natürlich relativ leicht beantworten“ – „ich habe zu Hause einen Holzofen – Pünktchen, Pünktchen, Pünktchen!“.

Dazu der Zwischenruf von Astrid Rothe-Beinlich, aus der Grünen-Fraktion: „Mit Bücherverbrennung kennen Sie sich ja aus!“.

Mit Blick auf die Besuchertribüne erklärte daraufhin André Blechschmidt: „Liebe Schülerinnen und Schüler, wir befinden uns hier im Thüringer Landtag, also dem Ort, der als

dienen, dass sich die Abgeordneten hier eine entsprechende Meinung bilden können. Nein, der Monitor hat in den letzten Jahren immer dazu beigetragen, auch wenn die einzelnen Fraktionen nicht immer alle Argumente oder Analysen dort mitgetragen haben, dass wir für dieses Land Politik gestalten konnten. Ich bin ausdrücklich auch den vorhergehenden Landesregierungen dankbar, diesen Monitor eingeführt und fortgeführt zu haben. Ich gehe davon aus, dass auch in Zukunft dieser Monitor wichtiger Bestandteil bei der gesellschaftspolitischen Analyse in diesem Land ist. Dafür wird diese Koalition – und ich gehe davon aus auch die CDU – eintreten.“

VON A BIS Z:

NPD-Verbotsverfahren

Die Linksfraktion begrüßt die Eröffnung des NPD-Verbotsverfahrens durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. „Ein hoffentlich erfolgreiches NPD-Verbot ändert allerdings nichts an konkreten Bedrohungen, rassistischen Ausschreitungen und zunehmenden neonazistischen Aktivitäten“, so MdL Katharina König. „Es gibt längst diverse Ersatzstrukturen, die massiv von NPD-Mitgliedern genutzt werden oder durch diese gegründet wurden. Im Falle eines erfolgreichen Verbotes darf es nicht passieren, dass zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen Neonazis, Rassismus und Antisemitismus nachlässt oder nicht mehr die entsprechende Unterstützung erfährt.“

Unabhängig von der grundsätzlichen Debatte über Parteiverbote sei ein NPD-Verbot angesichts der strukturellen und organisatorischen Verankerung der NPD insbesondere in den neuen Bundesländern und der darüber erfolgenden Finanzierung von Nazi-Strukturen aus öffentlichen Mitteln eine begrüßenswerte Entwicklung, weil mit einem erfolgreichen Verbot eine enorme Schwächung bestehender Netzwerke von Neonazis einhergehe.

Am Beispiel Thüringens verweist Katharina König beispielhaft auf das ehemalige „Braune Haus“ in Jena, welches durch den mutmaßlichen NSU-Unterstützer und NPD-Funktionär Ralf Wohlleben zu einem der entscheidenden Neonazi-Zentren in Ostdeutschland ausgebaut worden war.

WICHTIGE TERMINE

Plenarsitzungen des Thüringer Landtags:

Unmittelbar bei Herausgabe dieses letzten diesjährigen Parlamentsreports finden auch die letzten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags in diesem Jahr statt – vom 16. bis 18. Dezember. Im Jahr 2016 startet der Landtag mit Sitzungen vom 27. bis 29. Januar. Weitere Sitzungen sind anberaumt am 24. und 25. Februar sowie am 16. und 17. März.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Landtagssitzungen in Erfurt bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:
www.die-linke-thl.de

Traditions Handwerk

„Von der Tradition hinein ins Moderne – Ausbildung im Thüringer Traditionshandwerk“, so der Titel einer öffentlichen Ausstellung im Funktionsgebäude des Landtags, die noch bis zum 19. Januar besichtigt werden kann. In der Schau präsentieren sich mit Exponaten die Berufsschule Bad Salzungen, die Schnitzerschule Empfertshausen, die Glasblärschule Sonneberg und die Büchsenmacherschule Suhl. Neben der Vorstellung der genannten Berufsschulen sind handwerkliche Arbeiten und Raritäten aus deren Archivbestand zu sehen. Mit Blick auf die Pflege des Thüringer Handwerks wird die Arbeit in traditionellen Berufen gezeigt. Damit soll das Interesse für eine dortige Ausbildung geweckt werden.

Personalvertretung

Die Erfahrungen in der Anwendung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes (ThürPersVG) und dessen Novellierungsbedarf stehen im Mittelpunkt einer Veranstaltung, zu der die Linksfraktion für Dienstag, 19. Januar, 17.00 bis 19.30 Uhr in den Thüringer Landtag, Raum F 101, einlädt. Den Einführungsvortrag hält Frank Schönborn, Vorsitzender der AG der Hauptpersonalräte. Zu den Anforderungen an ein wirksames Personalvertretungsrecht spricht Sandro Witt, stellvertretender Bezirksvorsitzender des DGB-Bereichs Hessen-Thüringen. Nach der Diskussion gibt Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion, einen Ausblick auf die Änderungsmöglichkeiten des ThürPersVG.

Oberhof

Nachdem der für Tourismus zuständige Koalitionsarbeitskreis der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Grüne sich in Oberhof über den Umsetzungsstand der vom Land geförderten Investitionen informiert und das H2Oberhof, das neue Stadtzentrum und das Multifunktionsgebäude am Grenzdorf besucht hatte, sagte Knut Korschewsky, Sprecher für Tourismus der Linksfraktion: „Durch die Verbindung von Sport, Natur und Kultur hält Thüringen ein attraktives touristisches Angebot bereit, das ganzheitlich vermarktet werden muss.“ Von den über 38 Millionen Euro Landesinvestitionen in Oberhof flossen 18,8 Millionen Euro in die touristische Infrastruktur und 6,4 Millionen Euro für die Sadtentwicklung.